

# DGVN

Deutsche Gesellschaft  
für die Vereinten Nationen e.V.



Stärkung der Vereinten Nationen  
als zentraler Akteur und  
maßgebliches Forum in den  
internationalen Beziehungen

Empfehlungen und Forderungen  
an die deutsche UN-Politik

## ZUM INHALT:

Die DGVN, die sich als Organisation von Menschen mit weltbürgerlichem Engagement versteht, dringt darauf, die globalen Herausforderungen zu bewältigen und die Vereinten Nationen als Kern des politischen Systems der Weltgesellschaft sowie zentralen Ort und Verkörperung des Multilateralismus handlungsfähiger zu machen. Aus allen Völkern muss Druck auf ihre Regierungen zur konstruktiven Mitarbeit im Sinne der Präambel der Charta der Vereinten Nationen ausgeübt werden. Daher fordert die DGVN die Bundesregierung zur konsequenten Weiterverfolgung vorhandener global-politischer Ansätze und zu eigenen Initiativen auf, um auf diese Weise auch ihrer eigenen Zielvorgabe eines glaubwürdigen und effektiven Multilateralismus näher zu kommen.

Die DGVN richtet dazu die nachfolgenden 26 Empfehlungen und Forderungen an die deutsche UN-Politik.

1. Einen effektiven Menschenrechtsschutz schaffen
2. Demokratie als zentralen Wert der Staaten und der Weltgesellschaft fördern
3. Gemeinwohlorientiertes Handeln stärken und Korruptionsbekämpfung fördern
4. Menschenrechtsschutz von der Wirtschaft einfordern und Verantwortung für die Einhaltung übernehmen
5. Die Internationalen Abkommen ratifizieren
6. Die Internationale Strafgerichtsbarkeit ausbauen
7. UN-Friedensmissionen stärker unterstützen
8. Innovative Friedens- und Sicherheitskonzeptionen sowie -strategien entwickeln
9. Rechtsschutzverfahren für Opfer von Terroristen des Sicherheitsrats einrichten
10. Friedenskonsolidierungsarchitektur stärken
11. Wirksame Abrüstungsstrategien verfolgen
12. Den globalen Umwelt- und Klimaschutz stärken
13. Trotz Wirtschaftskrise: Millenniums-Entwicklungsziele nicht aufgeben
14. Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ausweiten
15. Für eine konsistente, liberalisierte Migrationspolitik eintreten
16. Den Sicherheitsrat erweitern
17. Die Handlungsfähigkeit der UN in der globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik stärken
18. Die UN-Frauen- und Genderinstitutionen stärken
19. Eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen einrichten
20. Internationale Gerichtsbarkeit weiter ausbauen
21. Die Mitgliedschaftsbeiträge ordnungsgemäß entrichten
22. Für mehr Transparenz der deutschen UN-Politik sorgen
23. Die erfolgreiche Koordinierung der UN-Politik in der Bundesregierung und auf EU-Ebene sicherstellen
24. Die UN-Einrichtungen in Deutschland ausbauen, insbesondere die UNO-Stadt Bonn stärken
25. Die Zahl deutschen Personals im UN-System erhöhen
26. Die UN gemeinsam nach innen und außen stärken

# DGVN

Deutsche Gesellschaft  
für die Vereinten Nationen e.V.

---



## **Stärkung der Vereinten Nationen als zentraler Akteur und maßgebliches Forum in den internationalen Beziehungen**

**Empfehlungen und Forderungen  
an die deutsche UN-Politik**

Beschlossen von den Mitgliedern der DGVN  
anlässlich ihrer XXX. Ordentlichen Hauptversammlung  
am 5. Dezember 2009 in Berlin

## **Stärkung der Vereinten Nationen als zentraler Akteur und maßgebliches Forum in den internationalen Beziehungen**

Die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) beschließen anlässlich ihrer XXX. Ordentlichen Hauptversammlung am 5. Dezember 2009 in Berlin zu Beginn der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages nachfolgende Vorschläge und Forderungen an die deutsche UN-Politik. Damit knüpfen sie an ihren Forderungskatalog „Sicherung der Handlungsfähigkeit und Legitimation der Weltorganisation im 21. Jahrhundert“ (2005) an sowie an die Vorstandserklärungen „VN-politische Themen schon im Koalitionsvertrag berücksichtigen“ (2009), „Für eine internationale ‚Kultur der Prävention‘ und eine Politik des globalen Gemeinwohls“ (2002) und „Prioritäten für die künftige deutsche UN-Politik“ (1999).

### **Präambel**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, der drohende Klimawandel und die Nahrungsmittelkrise zeigen einmal mehr, wie sehr die Staaten voneinander abhängen. Derartige globale Krisen machen auch deutlich, dass eine effektive Problemlösung nur über multilaterale Zusammenarbeit erreicht werden kann. Die internationale Gemeinschaft muss im 21. Jahrhundert große Fortschritte bei der Prävention und beim Management weltumspannender Probleme machen. Die Vereinten Nationen bilden dafür das universelle und legitime Forum, auf das die Welt angewiesen bleibt.

Die DGVN, die sich als Organisation von Menschen mit weltbürgerlichem Engagement versteht, dringt gemeinsam mit vielen anderen Menschen und Organisationen in aller Welt darauf, die globalen Herausforderungen zu bewältigen und die Vereinten Nationen als Kern des politischen Systems der Weltgesellschaft handlungsfähiger zu machen. Nur durch ein weltweit stärkeres Engagement lässt sich die Weltorganisation als zentraler Ort und Verkörperung des Multilateralismus stärken. Von allen Völkern muss Druck auf ihre Regierungen zur konstruktiven Mitarbeit im Sinne der Präambel der Charta der Vereinten Nationen ausgeübt werden. Die DGVN fordert die Bundesregierung zur konsequenten Weiterverfolgung vorhandener globalpolitischer Ansätze und zu Initiativen auf, um auch ihrer eigenen Zielvorgabe eines glaubwürdigen und effektiven Multilateralismus näher zu kommen.

Die DGVN richtet dazu 26 Empfehlungen und Forderungen an die deutsche UN-Politik, die sich auf

- die Stärkung von Menschenrechten, Demokratie und Achtung des Völkerrechts,

- menschliche Sicherheit und Frieden,
- Umwelt und Klimaschutz,
- faire globale Entwicklung und Migration,
- die Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert und
- die nächsten Schritte der deutschen UN-Politik  
beziehen.

## **I. Stärkung von Menschenrechten, Demokratie und der Achtung des Völkerrechts**

### **■ I. Effektiver Menschenrechtsschutz**

Die Würde des Menschen und der Schutz seiner unveräußerlichen Rechte gehören zu den Hauptzielen der Vereinten Nationen und sind von zentraler Bedeutung für jeden Mitgliedstaat. Sie bilden die Grundlage jeder auf dem Recht aufgebauten politischen Ordnung und ihrer demokratischen Legitimation. Auf dieser Grundlage ist globale Menschenrechtspolitik möglich und erforderlich. Sie sollte sich umfassend an allen vier Freiheiten ausrichten, die der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Franklin D. Roosevelt, im Jahr 1941 formuliert hat: Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Freiheit von Not und Freiheit von Furcht. Die DGVN begrüßt, dass der Menschenrechtsrat seine Arbeit aufgenommen und die organisatorischen Fragen zügig bearbeitet hat. Das neue UPR-Verfahren (Universal Periodic Review) wird von allen Mitgliedstaaten angenommen und durch aktive Mitwirkung unterstützt. Es besitzt das Potenzial, als allgemeines und gleiches Verfahren die Menschenrechtssituation in allen Mitgliedstaaten unvoreingenommen und umfassend zu erörtern. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich wieder um einen Sitz im Menschenrechtsrat zu bewerben und sich dabei um ein Wahlverfahren zu bemühen, das die Menschenrechtspolitik in den Mittelpunkt stellt und sich von anderen politischen Zielen geleiteten Erwägungen verweigert. Verbesserungen in der Arbeitsweise des Menschenrechtsrats sind unerlässlich. Die DGVN fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen des am Ende des ersten Zyklus vorzunehmenden Überprüfungsverfahrens dafür einzusetzen, dass eine einseitige Dominanz des Rates durch Länder- und Regionalgruppen verhindert und eine breite Beteiligung der Mitgliedstaaten sichergestellt wird. Wahlen zum Menschenrechtsrat, die von anderen als menschenrechtsorientierten Zielen von Staaten bestimmt werden, sollte die Bundesregierung im Rahmen der EU entgegenreten.

### **■ 2. Demokratie als zentraler Wert der Staaten und der Weltgesellschaft**

Demokratische Strukturen und Verfahren sind eng mit nachhaltiger globaler Friedenssicherung und der Achtung der Menschenrechte ver-

bunden. Die friedliche Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung in allen Staaten zählt daher zu den Aufgaben einer Staatengemeinschaft, die der Demokratie verpflichtet ist. Formal das Recht auf freie Wahlen zu gewähren, ist nur ein Aspekt von Demokratie. Wesentliche Bausteine sind darüber hinaus die Gewährleistung bürgerlicher und politischer Rechte für Männer und Frauen. Diese innerstaatlich bedeutsamen Bestandteile von Demokratie sollen von der Bundesregierung im Rahmen ihrer UN-Politik durchgängig berücksichtigt werden. In der Agenda für Demokratisierung und im Cardoso-Bericht wurden konkrete Vorschläge gemacht, wie Parlamente und zivilgesellschaftliche Akteure besser in die UN-Arbeit eingebunden werden können. Die DGVN fordert die Bundesregierung auf, sich daran zu orientieren und die angemessene Beteiligung von Parlamentariern und zivilgesellschaftlichen Akteuren an den zwischenstaatlich organisierten Politikprozessen der Vereinten Nationen zu ermöglichen.

### ■ **3. Gemeinwohlorientiertes Handeln stärken und Korruptionsbekämpfung fördern**

Korruption schadet dem Gemeinwohl; sie gedeiht dort, wo Staaten nicht willens oder in der Lage sind, das Recht durchzusetzen, wo es an der Transparenz staatlichen Handelns fehlt und wo öffentliche Kontrolle unterentwickelt ist. Unabhängige Strafverfolgungsbehörden und Gerichte, eine demokratisch legitimierte und unter öffentlicher Kontrolle stehende Regierungsgewalt sind Voraussetzungen dafür, dass Korruption wirksam bekämpft werden kann. Diese innerstaatlichen Voraussetzungen zu unterstützen, ist ein wichtiges Anliegen der internationalen Gemeinschaft. Deutschland kann sich nur dann glaubhaft zum Fürsprecher der Korruptionsbekämpfung auf internationaler Ebene machen, wenn der Bundestag die UN-Konvention gegen Korruption ratifiziert und in der Folge die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden.

### ■ **4. Menschenrechte und die Verantwortung der Wirtschaft**

Die Geschäftsaktivitäten transnationaler Konzerne beeinflussen das Leben vieler Menschen, insbesondere in Entwicklungsländern. Neben der sozialen und ökologischen Verantwortung von Unternehmen wird zunehmend auch deren Verantwortung für die Menschenrechte betont. Die DGVN unterstützt das Mandat des UN-Sonderbeauftragten für die Frage der Menschenrechte und transnationaler Unternehmen: Staatlicher Verantwortung für menschenrechtsverletzendes Verhalten Dritter, die freiwillige Verantwortung der Privatwirtschaft und der Zugang zu Rechtsmitteln und Wiedergutmachung für Opfer bilden einen sinnvollen Dreiklang möglicher Instrumente. Über diese hinausgehend erinnert die DGVN auch an die UN-Normen für die Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen, deren Umsetzungsmechanismen auch verbindliche Regelungen vorsehen, die weiterhin offene Steuerungs-lücken schließen könnten. Die Bundesregierung soll aktiv darauf hin-

wirken, innerhalb der UN einen effektiven weltweiten Rahmen für Unternehmen zu schaffen, der sie zur Achtung der Menschenrechte verpflichtet. Die DGVN fordert auch die deutsche Wirtschaft auf, sich zur Verantwortung global agierender Unternehmen im Bereich des Menschenrechtsschutzes, der Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards und ihrer Rolle bei der Konfliktprävention zu bekennen, zum Beispiel durch den UN Global Compact.

## ■ 5. Ratifizierung internationaler Abkommen

Glaubwürdiger Multilateralismus zeigt sich nicht zuletzt in der Akzeptanz multilateraler Abkommen, die im Rahmen der Vereinten Nationen geschlossen werden. Die DGVN begrüßt, dass die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren eine große Anzahl derartiger Abkommen ratifiziert hat. Sie fordert Bundesregierung und Gesetzgeber auf, die Ratifizierung bereits unterzeichneter internationaler Abkommen – etwa das Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen – zügig zum Abschluss zu bringen. Die DGVN bedauert, dass Deutschland sich in einzelnen Fällen weiterhin dem Beitritt zu bedeutenden multilateralen Abkommen – insbesondere der Internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen – verweigert und auch das wichtige Fakultativprotokoll von 2008 zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte bisher nicht unterzeichnet und ratifiziert hat. Die DGVN fordert die Bundesregierung auf, diese Abkommen zügig zu unterzeichnen, die Ratifikationsverfahren einzuleiten und einen Bericht über sämtliche international getroffenen Vereinbarungen vorzulegen, die zur Unterzeichnung beziehungsweise zur Ratifizierung anstehen oder in den letzten fünf Jahren mit Vorbehaltserklärungen ratifiziert wurden.

## ■ 6. Internationale Strafergerichtsbarkeit ausbauen

Die DGVN begrüßt das anhaltend hohe Engagement Deutschlands bei der Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs. Die DGVN ermutigt die Bundesregierung, diese gemeinsam mit den Partnern der EU und der Zivilgesellschaft auch in Zeiten zunehmender Angriffe gegen die Arbeit des Strafgerichtshofs aufrechtzuerhalten. Dies gilt insbesondere für die Vollstreckung von internationalen Haftbefehlen. Die angestrebte Erweiterung der Zuständigkeit um den Tatbestand der Aggression darf mit Blick auf die besondere Rolle des UN-Sicherheitsrats nicht zu einer Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit des Strafgerichtshofs führen. Auch zur Ausgestaltung des Grundsatzes der Komplementarität soll die Bundesregierung die Anwendung des Völkerstrafgesetzbuchs vorantreiben und die Idee der universellen Jurisdiktion bei schweren Menschenrechtsverletzungen in den bilateralen Beziehungen unterstützen.

## II. Menschliche Sicherheit und Frieden

### ■ 7. UN-Friedensmissionen stärker unterstützen

Die Bundesregierung sollte auf den guten Erfahrungen aufbauen, die mit der temporären Übernahme der Führungsrolle des maritimen Anteils der UNIFIL-Friedensmission in Libanon in der vergangenen Legislaturperiode gemacht wurden. Deutschland sollte sich weiterhin an UN-mandatierten und insbesondere auch an UN-geführten Friedensoperationen beteiligen und logistische und materielle Unterstützung gewähren. Zehn Jahre nach der Veröffentlichung des ‚Brahimi-Berichts‘ zeichnen sich erneut große Herausforderungen für die UN-Friedenssicherung ab. Damit Friedensoperationen weiterhin erfolgreiche Instrumente des Krisenmanagements sein können, sollte sich die Bundesregierung bei den EU-Partnern und im UN-Rahmen dafür einsetzen, dass Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden, etwa dass Truppen unter UN-Führung nur mit klarem und realistischem Mandat und angemessener Ausstattung in Situationen entsandt werden, wo sie keinen Krieg führen müssen.

### ■ 8. Innovative Friedens- und Sicherheitskonzeptionen sowie -strategien entwickeln

Zu den zentralen Fortschritten des Berichts der Hochrangigen Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel aus dem Jahr 2004 zählte die Einsicht in die neuen Bedrohungen, denen sich die Weltgesellschaft heute gegenübersteht und eine daraus abgeleitete Forderung nach gleichrangiger Behandlung von ‚weichen‘ und ‚harten‘ Bedrohungen der internationalen Sicherheit. Die DGVN begrüßt die stärker werdende Etablierung dieses umfassenden und am Menschen orientierten Sicherheitsverständnisses und unterstützt die im Ergebnisdokument des Weltgipfels 2005 festgehaltene Willenserklärung der internationalen Staatengemeinschaft zur ‚Schutzverantwortung‘ als eine wichtige Konkretisierung globaler Solidarität. Die Bundesregierung ist aufgefordert, an der konzeptionellen Entwicklung und praktischen Umsetzung des Konzepts menschlicher Sicherheit in führender Position mitzuarbeiten und insbesondere Akzente in Prävention und Friedenskonsolidierung mit einzubringen. Mandat und Arbeit des Sonderberaters für Fragen der Schutzverantwortung sollten weiterhin unterstützt und gestärkt werden.

### ■ 9. Für eine effektive und rechtsstaatliche Terrorismusbekämpfung

Die Bekämpfung des Terrorismus auf globaler Ebene muss rechtsstaatlichen Prinzipien entsprechen und die Menschenrechte der Betroffenen achten. Der UN-Sicherheitsrat und seine Unterorgane sollen deren Wahrung durch die Staaten fördern und überwachen. Die Bundesregierung sollte darauf drängen, dass der Sicherheitsrat seinerseits rechtsstaatliche

Prinzipien und die Menschenrechte achtet. Dies verlangt vor allem, dass Individualpersonen, die durch Aufnahme auf die konsolidierte Liste zur Bekämpfung des Terrorismus zu Adressaten von Sanktionen gemacht werden, mit ausreichenden und effektiven Rechtsschutzmöglichkeiten ausgestattet werden. Die DGVN empfiehlt der Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass auf Ebene der Vereinten Nationen ein solches unabhängiges und allein am Recht orientiertes Verfahren eingerichtet wird. Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, die Verhandlung und Ausarbeitung einer umfassenden Anti-Terrorismus-Konvention voranzubringen und auf deren Annahme hinzuwirken. Die Ratifikation dieser Konvention würde zu einer einheitlichen Definition von Terrorismus führen und dessen Bekämpfung auf eine einheitliche und klare Grundlage stellen.

## ■ 10. Friedenskonsolidierungsarchitektur stärken

Im Jahr 2010, fünf Jahre nach der Verabschiedung der Gründungsresolution der UN-Kommission für Friedenskonsolidierung, steht die Überprüfung der UN-Architektur für Friedenskonsolidierung an. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die Erfolge und Schwierigkeiten objektiv, umfassend und unter besonderer Einbeziehung lokaler Akteure diskutiert werden.

## ■ 11. Wirksame Abrüstungsstrategien

Auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer steigen weltweit die Rüstungsausgaben – allein in den letzten zehn Jahren um fast 50 Prozent. Mehr Waffen können aber nicht mehr Sicherheit bringen. Eine Stärkung der Rüstungskontrolle und Fortschritte bei der Abrüstung sind daher notwendige Voraussetzungen, um neue Rüstungswettläufe zu verhindern, Krisen zu verhüten und Konflikte zu stabilisieren. Das Spektrum reicht dabei von der wirksamen Kontrolle der Verbreitung von Kleinwaffen bis hin zu Ausfuhrverboten von Rüstungsgütern. Als einer der größten Waffenexporteure trägt Deutschland hier besondere Verantwortung. Über das Verbot des Exports in Krisenregionen hinaus fordert die DGVN die Bundesregierung auf, den Abschluss eines weltweiten Waffenhandelsabkommens zu unterstützen, das auch Rüstungsexporte in Länder begrenzt, die internationale Menschenrechtsstandards nicht einhalten. In Fragen der nuklearen Abrüstung gilt es, die vom amerikanischen Präsidenten Barack Obama übernommene Vision einer atomwaffenfreien Welt zu unterstützen. Die Bundesregierung sollte zudem zusammen mit gleichgesinnten Nichtatomwaffenstaaten auf weitere substanzielle Abrüstungsschritte der Atomwaffenstaaten und ein baldiges Inkrafttreten des Atomteststoppvertrags drängen. Fortschritte bei der Abrüstung vorhandener Atomwaffen sind Voraussetzung für einen Erfolg der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) im Mai 2010. Die DGVN fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass die Vertragsstaaten des NVV ihre vertraglichen Pflichten einhalten und dass Nichtvertragsstaaten dem NVV zügig beitreten.

### III. Umwelt- und Klimaschutz

#### ■ 12. Globalen Umwelt- und Klimaschutz stärken

Die Bundesregierung muss bei den UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen im Dezember eine Vorreiterrolle für ein verbindliches weltweites Abkommen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung spielen. Als bedeutender CO<sub>2</sub>-Emittent trägt Deutschland eine besondere Verantwortung auch für die Einwohner jener Länder, die unter den Folgen des Klimawandels am meisten leiden, zu diesem aber bisher wenig beigetragen haben. Die Bundesregierung soll daher unmittelbar verbindliche Zusagen für den Klimaanpassungsfonds machen, um von bereits unabwendbaren Folgen des Klimawandels getroffene Entwicklungsländer zu unterstützen. Der weltweite Ausstoß von Treibhausgasen muss bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 gesenkt werden, um katastrophale Folgen durch die Erderwärmung zu vermeiden. Deutschland sollte mit gutem Beispiel vorangehen und sich eine Reduzierung seiner Emissionen um mindestens 40 Prozent bis 2020 zum Ziel setzen. Außerdem fordert die DGVN die Bundesregierung auf, sich verstärkt dem angesichts des Klimawandels gesunkenen Stellenwerts der zunehmenden globalen Umweltprobleme anzunehmen und den Umweltschutz auf internationaler Ebene durch die Unterstützung geeigneter Konzepte für eine globale Umweltpolitik unter Federführung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) zu fördern.

### IV. Faire globale Entwicklung und Migration

#### ■ 13. Trotz Wirtschaftskrise: Millenniums-Entwicklungsziele nicht aufgeben

Beim G-8-Gipfel in Gleneagles 2005 und auf dem Weltgipfel der Generalversammlung im gleichen Jahr haben sich die Geberländer dazu verpflichtet, ihre Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Deutschland gibt gegenwärtig nur 0,37 Prozent für Entwicklungszusammenarbeit aus. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Entwicklungshilfe entsprechend ihrer Selbstverpflichtung umzusetzen und eine substantielle Erhöhung vorzunehmen. Allerdings müssen Mittel für die Anpassung an den Klimawandel als zusätzliche Leistungen erbracht werden; sie dürfen bei der Quote für Entwicklungshilfe nicht mit angerechnet werden. Unabhängig davon sollte sich die Bundesregierung zusätzlich aktiv an der Konzeption und Ausgestaltung neuer Instrumente zur Entwicklungsfinanzierung – etwa einer internationalen Finanzfazilität, einer Flugbenzin-, einer Flugticket- oder der Tobinsteuer – beteiligen, um die Millenniums-Entwicklungsziele wie vereinbart bis 2015 zu erreichen. Die Ziele lassen sich nur verwirklichen, wenn es auch zu einer Änderung der Welthandelsordnung zugunsten der Entwicklungsländer kommt.

## ■ 14. Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ausweiten

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und die EZ der Vereinten Nationen bilden eine wichtige Ergänzung der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit und bieten großes Potenzial für eine bessere internationale Arbeitsteilung und Geberabstimmung gemäß der ‚Erklärung von Paris‘ von 2005. Die Entwicklungszusammenarbeit unter dem Dach der Vereinten Nationen ist nicht nur ein bedeutender Pfeiler multilateraler Zusammenarbeit und Solidarität. Sie verfügt über eine einzigartige Neutralität und Akzeptanz bei Partnerländern und kann in besonderem Maße operative Tätigkeiten mit normativer Arbeit etwa im Bereich Menschenrechte verknüpfen. Der deutsche Beitrag entspricht seit Jahren nicht dem, was Deutschland dank seiner Wirtschaftskraft und multilateralen Ausrichtung zahlen könnte und sollte. Die DGVN fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, die geltende starre Beschränkung auf ein Drittel der EZ-Mittel für die multilaterale Zusammenarbeit aufzuheben, damit deutsche multilaterale Entwicklungspolitik glaubhafter gestaltet und der Reformprozess einzelner UN-Organisationen gezielter unterstützt werden kann. Auch für das UN-System sollen künftig mehrjährige Finanzausgaben getroffen werden. Die DGVN fordert die Bundesregierung ferner auf, die Beiträge für UN-Fonds und -Programme auf das vor wenigen Jahren noch übliche Niveau anzuheben. Die Bundesregierung soll sich überdies für laufende Reformprozesse vor Ort und in den Hauptquartieren einsetzen, die auf eine stärkere Ergebnisorientierung, einen besseren Wirkungsnachweis und eine Überwindung der Fragmentierung des UN-Systems abzielen (systemweite Kohärenz).

## ■ 15. Für eine konsistente, liberalisierte Migrationspolitik eintreten

Wanderungsbewegungen sind eine internationale Herausforderung. Häufig sind es Arme in einer schweren Zwangslage, die erhebliche Risiken und Unsicherheiten auf sich nehmen. Gleichzeitig birgt Migration viele Vorteile – in den Herkunfts- ebenso wie in den Zielländern. Die DGVN fordert die Bundesregierung auf, national und in der Europäischen Union für eine Liberalisierung und Vereinfachung der Migrationsmöglichkeiten zu sorgen, etwa durch saisonale und zirkuläre Programme mit zeitlich befristetem Aufenthalt und Auflagen zur Rückkehr, die eine Öffnung auch für ungelernete Migranten ermöglichen. Die Bundesregierung sollte sich zudem in den Vereinten Nationen für den Menschenrechtsschutz von Klima- und Umweltflüchtlingen einsetzen.

## V. Strukturelle Reformen

### ■ 16. Erweiterung des Sicherheitsrats

Die Reform des Sicherheitsrats in seiner Zusammensetzung und seinen Arbeitsweisen bleibt eine drängende Herausforderung auf der Agenda der Weltorganisation. Die Tatsache, dass mit Afrika und Lateinamerika ganze Erdteile sowie mit Indien der bevölkerungsreichste demokratische Staat der Welt nicht mit einem ständigen Sitz im Rat vertreten sind, ist – angesichts des Wandels der Weltpolitik in den letzten sechzig Jahren – ein Einfallstor für Kritik an der Legitimation der Vereinten Nationen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich ergebnisorientiert in die laufende Reformdebatte in der Generalversammlung einzubringen, um eine handlungsfähige, geachtete und repräsentative Struktur des Sicherheitsrats zu gewährleisten. Die Bewerbung Deutschlands für eine nichtständige Mitgliedschaft in den Jahren 2011/2012 sollte sich in der Tradition vergangener Amtszeiten primär am Anliegen einer konkreten Stärkung des Multilateralismus und nicht an seinem nationalen Anspruch messen. Aufgrund der bestehenden Schwierigkeiten bei der Realisierung eines europäischen Sitzes sind auch Übergangslösungen mit fest vereinbarter Überprüfung neu gefundener Arrangements eine sinnvolle Perspektive, innerhalb der dann auch eine Bewerbung Deutschlands als Teil einer größeren Erweiterungslösung begründet wäre.

### ■ 17. Die Handlungsfähigkeit der UN in der Wirtschafts- und Finanzpolitik stärken

Die gegenwärtigen Krisen zeigen nicht nur, dass die bestehende internationale Wirtschafts- und Finanzordnung reformbedürftig ist. Wirksame Antworten auf globale wirtschafts- und finanzpolitische Probleme können nur von allen, besser und weniger entwickelten Staaten gemeinsam gefunden und umgesetzt werden. Die G-20 hat das obsolet gewordene Primat der G-8 beendet; die Mitwirkung bevölkerungsreicher und dabei wirtschaftlich schnell wachsender Staaten an der Krisenbewältigung ist zwingend geworden. Aber auch die G-20 ist keine Alternative zur Inklusivität der Vereinten Nationen. Nur die UN können eine globale Wirtschafts- und Finanzordnung legitimieren, die ein Rahmen wirksamen globalpolitischen Handelns ist. Die Vereinten Nationen sind die Institution, in der eine Politik möglich ist, die den sozialökonomischen Bedürfnissen aller Menschen dient, insbesondere der Ärmere. Trotz schwieriger Verhandlungen hat die ‚Konferenz über die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung‘ im Jahr 2009 die wichtige Rolle der Vereinten Nationen in der globalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur bestätigt. Die DGVN fordert die Bundesregierung auf, sich bei der Umsetzung der Beschlüsse dafür einzusetzen, dass die Rolle der UN in diesem Bereich gestärkt wird. Sie sollte überdies die Einrichtung einer unabhängigen Expertenkommission

sion zu den systemischen Risiken in der Weltwirtschaft nach dem Modell des IPCC tatkräftig unterstützen. Die DGVN begrüßt die Initiative der Bundesregierung zur Entwicklung einer ‚UN-Charta für nachhaltiges Wirtschaften‘ und fordert sie auf, sich dafür konstruktiv in der Generalversammlung zu engagieren und die Vereinten Nationen somit als Diskussionsforum im Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik zu nutzen. Langfristig sollte Deutschland auf die Einrichtung eines Weltwirtschaftskordinierungsrats unter dem Dach der UN hinwirken.

### ■ **18. UN-Frauen- und Genderinstitutionen stärken**

Die DGVN begrüßt den Beschluss der Generalversammlung vom September 2009, die vier maßgeblichen UN-Institutionen im Bereich Gender und Frauen in eine einzige Organisation mit einer Untergeneralsekretärin an der Spitze zusammenzuführen. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass diese neue Organisation mit angemessenen und zuverlässigen finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Das von der internationalen NGO-Koalition ‚Gender Equality Architecture Reform‘ vorgeschlagene jährliche Budget von einer Milliarde US-Dollar sollte von Deutschland unterstützt werden. Die Bundesregierung sollte sicherstellen, dass die Organisation sowohl bei der Normsetzung als auch der operativen Arbeit weitreichende Kompetenzen erhält und ihren Auftrag weltweit schlagkräftig erfüllen kann.

### ■ **19. Eine Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen einrichten**

Die DGVN ist der Auffassung, dass parlamentarische Mitwirkung und Kontrolle auf der Ebene der Vereinten Nationen mittelfristig in Form einer Parlamentarischen Versammlung innerhalb des UN-Systems institutionalisiert werden soll. Sie fordert Bundestag und Bundesregierung auf, eigene Vorschläge zur Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen zu entwickeln.

## **VI. Deutsche UN-Politik: Die nächsten Schritte**

### ■ **20. Internationale Gerichtsbarkeit weiter ausbauen**

Eine dauerhaft friedliche Weltordnung kann nur auf der Grundlage des Völkerrechts entstehen. Die DGVN fordert die Bundesregierung auf, sich für eine weitere Verrechtlichung der internationalen Beziehungen einzusetzen. Sie begrüßt ausdrücklich, dass Deutschland nach jahrzehntelanger Debatte die obligatorische Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofs auf Grundlage der so genannten Fakultativklausel anerkannt hat. Sie bezweifelt die Notwendigkeit der dieser Anerkennung beigefügten weitreichenden Vorbehalte. Das Bekenntnis zur Verrechtlichung der internationalen Beziehungen erschöpft sich nicht in der

symbolträchtigen Anerkennung der Fakultativklausel. Es erfordert einen beständigen Einsatz für das Völkerrecht. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, bei der Aushandlung neuer internationaler Verträge auf die Aufnahme effektiver Durchsetzungsmechanismen (etwa Individualbeschwerdeverfahren oder Schiedsklauseln) zu drängen und die Durchsetzungsmechanismen bestehender Verträge auch dann anzuerkennen, wenn dies vertraglich freigestellt ist.

## ■ 21. Mitgliedschaftsbeiträge ordnungsgemäß entrichten

Die Finanzordnung der Vereinten Nationen schreibt vor, dass die Mitgliedstaaten ihre Pflichtbeiträge innerhalb eines Monats nach Erhalt der Zahlungsaufforderung durch das UN-Sekretariat vollständig entrichten. Im Jahr 2009 haben 22 Mitgliedstaaten diese Verpflichtung erfüllt, hierunter eine größere Zahl unserer EU-Partner. Deutschland zahlt in zwei Raten zu Anfang und Mitte des Jahres und ist aufgefordert, der UN-Finanzordnung Genüge zu tun und den Jahresbeitrag fristgerecht und vollständig zu entrichten. Auch dies wäre ein Beispiel für die Stärkung der Vereinten Nationen mit Vorbildcharakter für andere UN-Mitgliedstaaten. Überdies sind Bundestag und Bundesregierung aufgefordert, säumige Mitgliedstaaten in geeigneter Weise zur Erfüllung ihrer völkerrechtlich verbindlichen Beitragszahlungspflichten anzuhalten.

## ■ 22. Mehr Transparenz für die deutsche UN-Politik

Im Deutschen Bundestag sollte wieder ein Unterausschuss Vereinte Nationen eingesetzt werden. Um größere Resonanz in der Öffentlichkeit zu haben und die Transparenz der deutschen UN-Politik weiter zu erhöhen, sollte der Ausschuss bei zentralen Themen öffentlich tagen und auch das Mittel der parlamentarischen Anhörungen nutzen. Der Bundestag sollte sich regelmäßig in Plenarsitzungen mit Fragen der Vereinten Nationen befassen. Ferner sollte dem Unterausschuss Vereinte Nationen die Möglichkeit eröffnet werden, die ihm übergeordneten Hauptausschüsse ad hoc zu einem Ausschuss Vereinte Nationen des Deutschen Bundestages zusammenzurufen.

## ■ 23. Erfolgreiche Koordinierung der UN-Politik in der Bundesregierung und auf EU-Ebene

Die neue Bundesregierung sollte – wie auch die Vorgängerregierungen – eine größere Kohärenz der UN-Politik einfordern und dies auch in den eigenen Reihen praktizieren. Die wesentlichen Themen müssen auf Kabinettsebene synchronisiert werden, auch wenn die Verantwortung, Vorbereitung und Federführung der UN-Politik beim Auswärtigen Amt verbleiben sollte. Eine verbesserte Koordinierung sollte auch genutzt werden, um das außenpolitische Handeln der EU im Bereich der Vereinten Nationen zu stärken. Die Wertschätzung des einzigartigen multilateralen Rahmens der Vereinten Nationen sollte auch durch

persönliche Präsenz von Kanzlerin und Außenminister, etwa bei der jährlichen Eröffnungsdebatte der Generalversammlung, zum Ausdruck gebracht werden.

#### ■ **24. UN-Einrichtungen in Deutschland ausbauen, insbesondere UNO-Stadt Bonn stärken**

Die Bundesregierung sollte sich für die Stärkung aller UN-Standorte in Deutschland und insbesondere der UNO-Stadt Bonn einsetzen. Die DGVN spricht sich außerdem für eine Erweiterung der Repräsentanz des Informationszentrums der Vereinten Nationen am Standort Bonn sowie der Einrichtung eines Verbindungsbüros der Vereinten Nationen in Berlin aus.

#### ■ **25. Die Zahl deutschen Personals im UN-System erhöhen**

Die DGVN setzt sich für eine angemessene personelle Vertretung Deutschlands auch bei Spitzenpositionen in den UN-Organisationen ein und sieht darin zugleich einen Weg, den UN-Gedanken deutschlandweit zu stärken und weltbürgerliches Engagement zu fördern. Die Bemühungen der Bundesregierung zur Behebung der früheren Unterrepräsentanz zeigen bereits erste Erfolge, sollten jedoch künftig noch wirksamer und systematischer betrieben werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihr Engagement fortzuführen und Schwachstellen abzustellen. Dazu gehört auch eine verbesserte Koordinierung der deutschen Personalpolitik in den internationalen Organisationen durch die deutschen Botschaften vor Ort. Bestehende laufbahnrechtliche Hindernisse für den Wechsel von nationalen Beamten in den Dienst internationaler Organisationen und umgekehrt sind zu beseitigen.

#### ■ **26. Die UN gemeinsam nach innen und außen stärken**

Der Bundestag und die Bundesregierung werden von der DGVN dazu aufgerufen und dabei unterstützt, nicht nachzulassen, die Vereinten Nationen auf allen Ebenen, nach innen und nach außen, als alternative völkerrechtliche Institution zur Lösung globaler Herausforderungen und zur Vermeidung von Kriegen zu stärken. Beiträge zu ihrer Verbesserung lohnen sich im wohlverstandenen Eigeninteresse jedes Mitgliedstaats. Multilaterale Verpflichtung anstelle von Marginalisierung und Instrumentalisierung der Vereinten Nationen ist ein Gebot der Stunde. Das Engagement für die Ziele der Vereinten Nationen erlaubt keinen Stillstand.

# Die DGVN

## publiziert

VEREINTE NATIONEN, UN-Basisinformationen, Eine-Welt-Presse, Blaue Reihe, UN-Berichte, Policy Paper, DGVN-Texte, DGVN@aktuell;

## veranstaltet

öffentliche Vorträge, Podiumsdiskussionen, Seminare und Konferenzen mit Wissenschaftlern, UN-Vertretern, Politikern und Vertretern von Organisationen aus der Zivilgesellschaft;

## ist

eine Lobbyorganisation für die Ziele der Vereinten Nationen, Gründungsmitglied des FORUMS MENSCHENRECHTE und einer der beiden Träger des Projektes „Jugenddelegierte zur UN-Generalversammlung“ ([www.jugenddelegierte.de](http://www.jugenddelegierte.de)).

## Mitglied werden kann,

wer das 16. Lebensjahr vollendet hat.

Mitgliedschaftsbeiträge und Spenden sind steuerabzugsfähig. Mitglieder erhalten automatisch die sechsmal jährlich erscheinende Fachzeitschrift VEREINTE NATIONEN.

Mitgliedsbeiträge: Einzel € 80 / Paare € 100 /  
Studenten und Schüler € 30

Mehr Informationen unter  
[www.dgvn.de](http://www.dgvn.de)



FSC

Mix

Produktgruppe aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften

Zert.-Nr. SGS-COC-3628

[www.fsc.org](http://www.fsc.org)

© 1996 Forest Stewardship Council

Klimaneutral gedruckt



## **HERAUSGEBER:**

**Deutsche Gesellschaft  
für die Vereinten Nationen e. V. (DGVN)**

Zimmerstraße 26/27

D-10969 Berlin

Telefon: (030) 259375-0

Telefax: (030) 259375-29

Email: [info@dgvn.de](mailto:info@dgvn.de)

Web: [www.dgvn.de](http://www.dgvn.de)

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) versteht sich Anlaufstelle in Deutschland für alle, die sich für die Vereinten Nationen interessieren.

Wir informieren über wesentliche Entwicklungen und Ergebnisse der Arbeit der Vereinten Nationen sowie ihrer Sonderorganisationen und Spezialorgane. Wir bereiten diese Informationen auf und initiieren in Deutschland die offene und kritische Diskussion wichtiger aktueller Themen, die sich aus der Entwicklung der Weltgesellschaft für unser Land ergeben. Die DGVN wurde 1952 als eingetragener gemeinnütziger Verein gegründet. Sie ist überparteilich und unabhängig.